

INHALT

1. Schleusenneubau in Brunsbüttel in greifbarer Nähe
2. CDU-Fraktion zeigt fachliche Fehler von SPD-Spitzenkandidat auf
3. 30 Prozent mehr Erzieherinnen und Erzieher
4. Versorgungsstrukturgesetz vom Bundesrat verabschiedet
5. Zahl der Arbeitslosen wieder unter 100.000
6. Vertreter des schleswig-holsteinischen Handwerks zu Gast in der CDU-Fraktion
7. Politik zum Anfassen auch für Menschen mit Behinderungen

30.09.2011

Schleusenneubau in Brunsbüttel in greifbarer Nähe Einigung im Bund auf eine Milliarde Euro für zusätzliche Infrastrukturmaßnahmen



Jens-Christian Magnussen, MdL

Der Bau der seit langem geforderten fünften Schleusenammer in Brunsbüttel rückt in greifbare Nähe. Bereits am Mittwoch hatte Wirtschaftsminister Jost de Jager bei einem Besuch der maroden Schleusenanlage angedeutet, dass er Bewegung in der Sache sehe. Am Donnerstag meldete die schleswig-holsteinische CDU-Bundestagsgruppe, dass sie in ihrer Forderung nach einer Milliarde zusätzlicher Mittel für Infrastrukturmaßnahmen Unterstützung durch CDU-Bundestagsfraktionschef Volker Kauder erfahre. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Jürgen Koppelin ließ sich ähnlich ein. Damit steht die parlamentarische Mehrheit im Bund.

Für die CDU-Landtagsfraktion ist diese Einigung ein großer Erfolg. „Der gemeinsame Kraftakt

von Landes- und Bundespolitik, Betroffenen und der Region hat offensichtlich zu einem Umdenken in Berlin geführt“, erklärte der Brunsbüttler Landtagsabgeordnete und Wirtschaftsexperte Jens-Christian Magnussen.

Der NOK sei seit über 100 Jahren ein Aushängeschild für Deutschland in der Welt, betonte Verkehrsexperte Hans-Jörn Arp: „Es ist Schleswig-Holstein gelungen zu vermitteln, dass dieses Aushängeschild zu einem Symbol dafür zu werden droht, dass Deutschland seine exzellente Infrastruktur vor die Hunde gehen lassen würde“.

Beide mahnten allerdings zur Wachsamkeit: „Ein solcher Erfolg weckt natürlich Begehrlichkeiten. Noch ist diese Vereinbarung nicht rechtswirksam. Ich bin überzeugt, dass unser Verkehrsminister und unsere Bundestagsabgeordneten dafür sorgen werden, dass tatsächlich Anfang 2012 der erste Spatenstich für die neue Schleusenkammer erfolgen kann“, so Magnussen.

CDU-Fraktion zeigt fachliche Fehler von SPD-Spitzenkandidat auf Selbst aus der eigenen Partei bekommt Albig Gegenwind



Johannes Callsen, MdL

Fraktionschef Johannes Callsen zeigte sich in dieser Woche überzeugt, dass CDU-Spitzenkandidat Jost de Jager den in einer NDR-Umfrage ermittelten Rückstand auf seinen Konkurrenten aufholen wird: „Jost de Jager ist gerade erst Landesvorsitzender geworden und steht jetzt an der Startlinie. Torsten Albig ist im Februar gekürt worden und hat schon eine Sympathietour durchs Land hinter sich. Je näher der Wahltermin kommt, desto mehr geht es um Inhalte und Sachkenntnis. Und da ist Jost de Jager dem sozialdemokratischen Kandidaten ganz klar überlegen“, so Callsen.

Konkrete Aussagen des SPD-Spitzenkandidaten zu politischen Fragen sind eher Mangelware. Und wenn er sich in der Sache einlässt, greift er meistens daneben. Diese Woche war das zu verkehrspolitischen Fragen gleich zwei Mal der Fall.

Selbst aus der eigenen Partei bekam Albig Gegenwind für seine Aufforderung, bis zu einer endgültigen Entscheidung im dänischen Parlament weiter über die Sinnhaftigkeit der Fehmarnbelt-Querung zu sprechen.

Besonders deutlich wurde CDU-Verkehrsexperte Hans-Jörn Arp: „Die wirtschaftliche Bedeutung der Festen Fehmarnbeltquerung im Zusammenspiel mit der A 20 und der B 5 ist für

Schleswig-Holstein viel zu wichtig, als das sie in Frage gestellt werden könnte“. Vor allem Albigs Aussage, mit den für die Hinterlandanbindung vorgesehenen Mitteln alternativ die A20 oder B 5 zu bauen, sorgte für Kopfschütteln: „Erstens gehören die Projekte zusammen. Zweitens wären die Mittel gar nicht austauschbar, weil sie aus unterschiedlichen Haushaltstiteln kommen“, klärte Hans-Jörn Arp auf. Dem Kieler Oberbürgermeister fehle offensichtlich jede Sachkenntnis über Verkehrs- und Finanzpolitik.

Einen weiteren Beleg dafür lieferte Albig mit einem Vorschlag zur Finanzierung der Sanierung des Nord-Ostsee-Kanals: So will er diese in die Hände des Landes geben. Bei jährlichen Einnahmen in Höhe von 30 Millionen Euro könnten nach Vorstellung des SPD-Spitzenkandidaten am Kapitalmarkt etwa 300 Millionen Euro für die Sanierung aufgebracht werden, berichtete der Holsteiner Courier am 28. September 2011. „Völlig weltfremd“, konterte Arp. Allein für Baumaßnahmen im Planfeststellungsverfahren seien im Bundeshaushalt für 2012 und 2013ff über eine halbe Milliarde Euro veranschlagt. Schleusen, Brücke und Verbreiterung kosteten insgesamt mehr als eine Milliarde Euro. Zwar wäre ein ÖPP-Projekt nach Auskunft der Landesregierung grundsätzlich möglich. Um dieses aus Befahrensabgaben zu finanzieren, müsste die Gebühr allerdings so stark steigen, dass sich die Kanalpassage für Reedereien nicht mehr lohnen würde.

Machen Sie sich selbst ein Bild: hier geht es zu den Artikeln über die Fehmarnbeltquerung. Zum NOK-Vorschlag sind online leider keine Artikel verfügbar:

<http://www.ln-online.de/nachrichten/3247833/neue-debatte-vor-der-wahl-kippt-rot-gruen-die-beltquerung>

<http://www.ln-online.de/nachrichten/3248775/fehmarbelt-tunnel-gegenwind-fuer-albig>

30 Prozent mehr Erzieherinnen und Erzieher Schleswig-Holstein stärkt die frühkindliche Bildung

Seit dem Jahr 2008 haben 30 Prozent mehr Erzieherinnen und Erzieher ihre Ausbildung aufgenommen. Das teilte in dieser Woche das schleswig-holsteinische Bildungsministerium mit. Von rund 690 im Jahr 2008 sei die Zahl auf 1.000 Schülerinnen und Schüler in diesem Jahr gestiegen.

Hinzu kommen 1667 sozialpädagogische Assistentinnen und Assistenten, die an Berufsschulen für Sozialpädagogik ausgebildet werden. Das entspricht einer Steigerung von 15 Prozent, so das Bildungsministerium. Diese sei nur durch die Schaffung von 30 zusätzlichen Planstellen in diesem Bereich der Beruflichen Bildung möglich gewesen.

Darüber hinaus gebe es seit 2009/2010 die Möglichkeit einer berufsbegleitenden Erzieherinnen- und Erzieherausbildung. Diese wird momentan in Lübeck, Lehnsahn, Neumünster und Rendsburg angeboten. Ziel sei es, diese Form der Ausbildung auf weitere Standorte auszudehnen. Weiterhin solle die Durchlässigkeit in der Ausbildung erhöht und Ausbildungszeiten von sozialpädagogischen Assistenten auf die Ausbildungszeit zum Erzieher angerechnet werden.

Die Pressemitteilung des Ministerium finden Sie unter:

http://www.schleswig-holstein.de/MBK/DE/Service/Presse/PI/2011/September11/III_Erzieher.html

Versorgungsstrukturgesetz vom Bundesrat verabschiedet Gesetz enthält wesentliche Verbesserungen für das Gesundheitswesen



Ursula Sassen, MdL

Am vergangenen Freitag passierte das Versorgungsstrukturgesetz in erster Lesung den Bundesrat. Mit diesem Gesetz sollen wesentliche Verbesserungen im Gesundheitswesen erreicht werden. Daher beschäftigt sich in der kommenden Sitzungswoche auch der Schleswig-Holsteinische Landtag mit den Neuerungen.

Kernpunkt des Gesetzes ist aus schleswig-holsteinischer Sicht die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung in den ländlichen Regionen – wohnortnah und flächendeckend. Dazu sollen die einzelnen Bundesländer erweiterte Einwirkungsmöglichkeiten bei der Bedarfsplanung erhalten. Bisher wurde diese von den Kassenärztlichen Vereinigungen auf der Basis von Kreisgrenzen durchgeführt.

Durch folgende Maßnahmen soll die Versorgung in unterversorgten Gebieten sichergestellt werden:

- Vergütungsanreize für Ärztinnen und Ärzte bei Niederlassung in betroffenen Regionen,
- Förderung mobiler Versorgungskonzepte,
- bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
- Möglichkeiten der Delegation ärztlicher Leistungen,
- Ausbau der Telemedizin.

Im Gegenzug wird darüber nachgedacht, wie die ärztliche Überversorgung in einigen Gebieten reduziert werden kann.

Darüber hinaus soll das Versorgungsstrukturgesetz für einen größeren Wettbewerb unter den Krankenkassen sorgen. Dieses Ziel soll erreicht werden, in dem die Kassen Leistungen anbieten, die über das gesetzlich Vorgesehene hinaus gehen. Durch das Gesetz sollen Patienten leichter und schneller von Innovationen und Neuregelungen im Gesundheitswesen profitieren.

„Wir erwarten in der nächsten Landtagssitzung einen aktuellen Bericht des Gesundheitsministers zum Versorgungsstrukturgesetz. Wir werden unser besonderes Augenmerk auf eine Stärkung der Länderkompetenz und eine bedarfsgerechte medizinische Versorgung in Schleswig-Holstein richten und gegebenenfalls entsprechende Bundesratsinitiativen einleiten“, so die gesundheitspolitische Sprecherin der

CDU-Landtagsfraktion Ursula Sassen.

Mehr zum Versorgungsstrukturgesetz erfahren Sie unter:

<http://www.bundesgesundheitsministerium.de/index.php?id=4139>

Die fünf Leitlinien in der Gesundheitspolitik von Minister Dr. Garg können Sie nachlesen unter:

http://www.schleswig-holstein.de/cae/servlet/contentblob/1027712/publicationFile/110923_masg_BRversorgungsges.pdf

Zahl der Arbeitslosen wieder unter 100.000

Zahl der offenen Stellen steigt weiter

Die Zahl der Arbeitslosen ist im September in Schleswig-Holstein wieder unter 100.000-er-Marke gesunken. Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Septemberwerte noch einmal verbessert:

Die Arbeitslosenquote ist auf 6,7 Prozent gesunken, es waren 96.100 Menschen ohne Job. Nach Auskunft der Bundesagentur für Arbeit sind seit der Wirtschaftskrise im Jahr 2008 28.500 zusätzliche Arbeitsplätze entstanden, 16.600 innerhalb eines Jahres. Und die Zahl der offenen Stellen steigt weiter.

Besonders deutlich wird die hervorragende Entwicklung im Vergleich mit den Daten im Jahr der Regierungsübernahme der CDU: Im September 2005 waren noch mehr als 150.000 Menschen arbeitslos. Vor diesem Hintergrund bezeichnete Wirtschaftsexperte Jens-Christian Magnussen die Ankündigung von SPD-Spitzenkandidat Torsten Albig, im Falle einer rot/grünen Regierungsübernahme für einen Abbau der Arbeitslosigkeit zu sorgen, als „gewagt“: „Im Gegensatz zur bürgerlichen Regierung steht Rot/Grün für Arbeitsplatzabbau. Das belegen die Zahlen“, so Magnussen.

Machen Sie sich selbst ein Bild. Hier ist der Link zum aktuellen Bericht der Bundesagentur für Arbeit:

<http://www.arbeitsagentur.de/Dienststellen/RD-N/RD-N/A01-Allgemein-Info/Allgemein/amb/amb-SH/September-2011.pdf>

Vertreter des schleswig-holsteinischen Handwerks zu Gast in der CDU-Fraktion

Drohendem Fachkräftemangel muss entschlossen begegnet werden

Am 28. September fand im Landtag auf Einladung des neuen CDU-Fraktionsvorsitzenden Johannes Callsen und der Fraktionsarbeitskreise Wirtschaft, Tourismus und Verkehr ein Treffen mit Vertretern des schleswig-holsteinischen Handwerks statt.

Callsen nahm in dem Gespräch ganz bewusst Bezug zur Zwischenbilanz der Mittelstandoffensive, die in dieser Woche von Wirtschaftsminister Jost de Jager gezogen wurde. „Denn das Handwerk ist eine Grundsäule der Wirtschaft in Schleswig-Holstein.“ Auch im Handwerk seien die Zahlen gut. Arbeitsmarkt und Ausbildungszahlen entwickelten sich positiv, obwohl aufgrund der dringend notwendigen Einsparungen das Volumen bei den öffentlichen Aufträgen für das Handwerk rückläufig sei.

Einer der Schwerpunkte des Gespräches war die Frage, wie das Handwerk zukünftig dem Fachkräftemangel begegnen könnte, zumal sich dieser aufgrund des demographischen Wandels noch verstärken werde.

CDU-Bildungsexpertin Heike Franzen machte anhand der Schülerzahlen deutlich, dass in etwa

vier bis fünf Jahren der Rückgang bei den Absolventen erst richtig einsetzen werde. Der Abgeordnete Hartmut Hamerich nahm dies zum Anlass, bereits jetzt zum Handeln aufzufordern. Verlorener Boden könne nicht mehr aufgeholt werden. Wirtschaftsminister Jost de Jager habe deshalb bei der Mittelstandsoffensive Schwerpunkte gesetzt, um die Ausbildungsfähigkeit von Schulabgängern zu verbessern, Weiterbildung zu fördern und vorhandene Fachkräftepotenziale auszuschöpfen.



Vertreter der Handwerkskammern und des Handwerks im FAK

Politik zum Anfassen auch für Menschen mit Behinderungen „verstehen . erleben . begegnen“



Mitglieder der Lebenshilfe mit Landtagspräsident Geerds (2. v.l.) und den Abgeordneten Hartmut Hamerich, Wilfried Wengler und Susanne Herod

Unter dem Motto „Politik ... verstehen . erleben . begegnen“ haben in der Zeit von 12. bis zum 23. September über 60 Personen mit Behinderung ein Praktikum bei Politikern gemacht. Auch einige Abgeordnete der CDU-Landtagsfraktion wurden einen Tag lang im Alltag begleitet und haben interessante Einblicke in ihre Arbeit gewährt.

„Wir sind immer bereit, Menschen den politischen Alltag von Abgeordneten näher zu bringen“, erklärte die Fachsprecherin für Menschen mit Behinderung der CDU-Landtagsfraktion, Heike Franzen.

Die Initiative wurde vom Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung, Dr. Ulrich Hase, gemeinsam mit dem Landesverband der Lebenshilfe, der Landeszentrale für politische Bildung und der Herrmann-Ehlers Akademie ins Leben gerufen. Schirmherr der Aktion war Landtagspräsident Torsten Geerds.

Heike Franzen zeigte sich hoch erfreut über die rege Beteiligung. „Wir erreichen über das Modell der Alltagsbegleitung ein deutlich besseres Verständnis für unsere Arbeit. Das ist Politik zum Anfassen.“

Wenn auch Sie einmal einen Landtagsabgeordneten in seinem Arbeitsalltag begleiten wollen, melden Sie sich gerne bei uns.

V.i.S.d.P
CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag
Dirk Hundertmark, Pressesprecher
Tel.: 0431/988-1440
dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de